

SPD demokratischer pressediens

H/XXXI/174

10. September 1976

Konflikt um jeden Preis?

Gegen den Mißbrauch der Werte-Diskussion zu
Wahlkampfzwecken

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums
Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Es darf keinen Rückschlag in Deutschland geben

Adenauers "Erben" suchen den Weg in die fünfziger Jahre

Von Egon Höhmann MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestageausschusses für
innerdeutsche Beziehungen
Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Erste Schritte zur Vertrauensbildung

Manöverankündigung der KSZE-Staaten ein hoffnungsvoller
Anfang

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Bundestageunterausschusses für Ab-
rüstung und Rüstungskontrolle
Seite 5 bis 7 / 103 Zeilen

In Chile herrscht weiter der Terror

Wahrer Charakter des Junta-Regimes darf nicht ver-
gessen werden

Von Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestageausschusses für wirt-
schaftliche Zusammenarbeit
Seite 8 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Neussallee 2-0, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 08 68 545-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Konflikt um jeden Preis ?

Gegen den Mißbrauch der Werte-Diskussion zu Wahlkampfzwecken

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundesminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

In den letzten Monaten ist in der Bundesrepublik eine breite Grundwertediskussion in Gang gekommen. Das ist erfreulich. Weniger erfreulich ist jedoch, daß einzelne diese Diskussion dazu mißbrauchen, um mit dem Blick auf die Bundestagswahl Gräben zwischen der katholischen Kirche und den Sozialdemokraten aufzureißen. Den jüngsten Versuch dieser Art unternimmt der Chefredakteur der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in einem Artikel mit der unverfänglichen Überschrift: "Der Staat sollte Rechtsbewußtsein stärken". Wer wollte dem widersprechen?

Doch unter dieser Überschrift findet man dann bei näherem Zusehen die polemische Behauptung, zwischen der Haltung der Regierungsparteien und den Auffassungen und Überzeugungen der katholischen Kirche bestünden unüberbrückbare Gegensätze. Zur Rechtfertigung werden die hinlänglich bekannten Vorwürfe gegen die Reform des § 218 StGB und das neue Eherecht wiederholt. Daß hier Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie Grundwerte am besten verwirklicht werden, ist richtig - daß jedoch Streit über die Existenz dieser Grundwerte oder die Notwendigkeit ihrer Beachtung besteht, aber ebenso falsch.

Es ist eben einfach nicht wahr, daß der Gesetzgeber den Rechtsschutz für das ungeborene Leben in unverantwortlicher Weise eingeschränkt hat. Vielmehr hat der Gesetzgeber eine scheinbar rigorose, in Wirklichkeit aber völlig unwirksame Regelung durch eine effektive und menschlichere Regelung ersetzt. Als Folge dieser Regelung, die Rat und Hilfe in den Vordergrund rückt, wird die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche sinken, nicht steigen.

Ebensowenig trifft es zu, daß die Eherechtsreform die Institution der Ehe dem subjektiven Belieben preisgegeben hat. In Wahrheit hat die

Eherechtsreform die Institution der Ehe gestärkt, und zwar sowohl durch den jetzt realisierten Gedanken der Partnerschaft der Eheleute, als auch durch die Verwirklichung der Gleichberechtigung und durch die Einführung des Versorgungsausgleichs, der erstmals die Arbeit der Frau in Familie und Haushalt einer beruflichen Tätigkeit gleichstellt. Auch der Übergang zum Zerrüttungsprinzip festigt die Institution der Ehe, denn die Ehe leidet auch als Institution, wenn Ehen auf dem Papier von Staats wegen zum Schein aufrechterhalten werden, obwohl sie unheilbar gescheitert sind und als Lebensgemeinschaft seit Jahren nicht mehr bestehen.

Außerdem: Warum verschweigt der KNA-Chefredakteur, daß sich die von ihm zitierte Kritik Kardinal Döpfners und des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken nicht nur gegen die Koalitionsparteien, sondern ebenso gegen die Opposition richtet? Die Opposition hat doch der Ehe-rechtsreform mit breiter Mehrheit zugestimmt und zur Reform des § 218 zuletzt einen Gesetzentwurf vorgelegt, der sich von der Gesetz gewordenen Vorlage der Koalition im materiellen Teil überhaupt nicht und im Verfahrensteil nur geringfügig unterscheidet.

Dieser Polemik gegenüber gewinnt die besonnene und wohlabgewogene Äußerung des Sekretärs der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Dr. Homeyer, an Bedeutung. Er hat in diesen Tagen ausdrücklich erklärt, daß alle auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Parteien im Prinzip gleich wählbar seien, daß alle diese Parteien sich am Grundgesetz orientieren müßten, und daß die Kirche nicht die Abwahl der SPD/FDP-Regierung wünsche. Dieser Aussage ist nichts hinzuzufügen, und sie wird in ihrem Gewicht auch dadurch nicht entwertet, daß man nachträglich ihren privaten Charakter betont hat.

(~/10.9.1976/va/pr)

+ + +

Es darf keinen Rückschlag in Deutschland geben

Adenauers "Erben" suchen den Weg in die fünfziger Jahre

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Mit dem Abgang Konrad Adenauers von der politischen Bühne fiel die Deutschlandpolitik der CDU/CSU mehr und mehr der Prinzipienlosigkeit anheim. "Menschliche Überlegungen", so sagte Adenauer im Frühjahr 1963, "spielen für uns eine noch größere Rolle als nationale". Von einer solchen Haltung, ob nun taktisches Kalkül oder aufrichtige Überzeugung, kann jedenfalls bei denen in der Union, die sich für seine Erben halten, keine Rede mehr sein.

Unter Prof. Dr. Ludwig Erhard reichte es bei der Union nur zu unerfüllbaren Forderungen gegenüber der DDR und zu leeren Versprechungen. Die Union verlor mehr und mehr an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Eine nicht unbedeutliche Zahl westdeutscher Bürger kam 1965 zu dem Schluß: "Die Bundesregierung habe an einer Wiedervereinigung kein echtes Interesse, sie mache nur schöne Worte und sei zu keinem nennenswerten Opfer bereit" (Meinungsumfrage des Divo-Instituts).

1969 wurde mit der weitverbreiteten Resignation, der Enttäuschung und dem "Mangel an Mut zur politischen Wahrhaftigkeit" (Helmut Schmidt) in der Deutschlandpolitik ein für allemal Schluß gemacht. Seither wird in realistischer Einschätzung der deutschen Wirklichkeit, in geduldigem Verhandeln und in mühsamer Kleinarbeit das verwirklicht, was der frühere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger - unter dem Einfluß der SPD - am 13. Dezember 1966 so formulierte. "Wir wollen, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben. Wir wollen entkrampfen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Deshalb wollen wir die menschlichen, wirtschaftlichen

und geistigen Beziehungen mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands mit allen Kräften fördern."

Die Deutschlandpolitiker der Union haben diesen vernünftigen Ansätzen abgeschworen. Der für sie unerträgliche Vertrauensverlust beim Wähler, der Verlust ihrer einstigen politischen Macht, treiben sie zu Schmähungen und Verleumdungen der Politik der Bundesregierung. Sie wollen diese Politik abgelöst sehen, durch Sanktionen, wirtschaftliche Pressionen, verbale Proteste, gefährliche Demonstrationen bis hin zur Provokation. Bei ihnen sind alle guten Grundsätze, und was noch schlimmer ist, die Betroffenen - die Bürger in der DDR, in Berlin und die Bürger in der Bundesrepublik, die ihre verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Bindungen wieder pflegen können - in Vergessenheit geraten. Sie nützen und schüren die illusionäre Vergesslichkeit, sie wollen zurück zu den Seer Jahren. Das ist ihr Ziel.

Damit das nicht gelingt, damit allen die Gefahr deutlich wird, was für den Bürger auf dem Spiel steht, damit es für die Bürger weiter nach vorn geht, haben Experten der Bundesregierung eine verdienstvolle und realitätsorientierte Analyse der gegebenen deutschlandpolitischen Situation angefertigt, die vom Geist tiefer Sorge um die Zukunft der von der Union angegriffenen Politik bestimmt ist. Die Verfasser empfehlen eine Strategie gegen die Vergesslichkeit. Ihre Analyse erhärtet, daß es keine Alternative zu unserer Politik der kleinen Schritte und der menschlichen Erleichterungen gibt. Die Verfasser empfehlen, mit den Besonnenen in der CDU einen Minimalkonsens wenigstens dahingehend herzustellen, wie man die Eskalation der Emotionen vermeiden kann.

Es gilt, und das ist die Absicht der Verfasser der Analyse, einer möglichen Fehlentwicklung mit aller Kraft entgegenzutreten und das bisher Erreichte zu verteidigen. Die Bereitschaft zu einer Politik der praktischen Vernunft muß in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland erhalten bleiben.

(-/10.9.1976/va/pr)

+ + +

Erste Schritte zur Vertrauensbildung

Manöverankündigung der KSZE-Staaten ein hoffnungsvoller Anfang

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses
für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Gegenwärtig finden in Ost und West die großen Herbstmanöver statt. Die NATO führt im norddeutschen Raum die Übung "Großer 88r" durch, und in Polen treffen Truppen Polens, der UdSSR, der DDR und der CSSR im Raume Bromberg zu großen Manövern zusammen.

Gewollt oder ungewollt haben Manöver auch eine politische Wirkung nach außen. Mit Recht hatte die KSZE daher vor einem Jahr in ihrem Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen "von der politischen Bedeutung der vorherigen Ankündigung größerer militärischer Manöver für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und die Stärkung von Vertrauen, Stabilität und Sicherheit" gesprochen. Die Staaten haben festgestellt, daß sie "auf freiwilliger Grundlage" in Zukunft Manöver von Landstreitkräften in einer Gesamtstärke von mehr als 25.000 mindestens 21 Tage vorher mit bestimmten Angaben auf diplomatischem Wege ankündigen würden.

In diesem Bereich hat die westliche Seite in zähen Verhandlungen die Sowjetunion zu einem für sie schwierigen Denk- und Erfahrungsprozeß veranlaßt. In ihren seit 1966 gemachten Vorschlägen hatte die Sowjetunion zwar von einer europäischen Sicherheitskonferenz gesprochen, sich aber auf eine Einigung über Prinzipien für zwischenstaatliche Beziehungen beschränken wollen. Die westliche Seite hat von Anfang an darauf bestanden, die militärischen Aspekte der Sicherheit nicht aus den Augen zu verlieren. 1968 schlug die NATO Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen vor. Obwohl dieser Verhandlungsbereich dann nicht der KSZE, sondern den MBFR-Verhandlungen zugewiesen wurde, bestanden seit den Verhandlungen in Helsinki 1972 die westlichen Staaten darauf, auch auf der KSZE-Tageordnung vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich anzusetzen. Nachdem die Sowjetunion nach zähem Widerstand sich dann auf der Vorkonferenz

vom Sommer 1973 grundsätzlich mit einer entsprechenden Tagesordnung einverstanden erklärt hatte, bedurfte es noch zwei Jahre zäher Verhandlungen.

Der Sowjetunion mußte jede Einzelheit der KSZE-Abprache - Größenordnung, Ankündigungsfrist, Ankündigungsinhalt und Geltungsbereich und Adressatenkreis - abgerungen werden. Sie wollte zunächst nur eine allgemeine Absichtserklärung eingehen oder nur Manöver im unmittelbaren Grenzbereich und nur den Nachbarn ankündigen. Für die Sowjetunion galt es offenbar, große psychologische und politische Hemmungen zu überwinden, und sie bestand dann auch auf der ausdrücklichen "Freiwilligkeit" solcher Maßnahmen. Der Westen konnte darauf eingehen, denn die Nichtdurchführung der vertrauensbildenden Maßnahmen kann nur die Folge haben, daß kein Vertrauen entsteht und daß Mißtrauen bleibt. Und auch nach dem Abschluß der KSZE hatte es die Sowjetunion nicht leicht. Die Tinte der KSZE-Unterschriften war noch nicht trocken, als die NATO bereits eine Serie großer Manöver ankündigte. Solche Manöver, bislang als Machwerke des kriegerischen Kapitalismus gebrandmarkt, wurden nun vereinbarungsgemäß durch Ankündigung in den Kontext vertrauensbildender Maßnahmen gebracht. Im Januar 1976, nach einer Phase offensichtlicher politischer Unsicherheit, kündigte dann die Sowjetunion ihr erstes größeres Manöver im Kaukasus an. Inzwischen gehören Manöverankündigungen auch für die Sowjetunion zum normalen diplomatischen Routinegeschäft.

Die Geschichte der Manöverankündigungen ist ein Beispiel dafür, wie illusionslos in zäher Geduld mit kleinen Schritten die politische Landschaft zwischen Ost und West verändert werden kann. Wer 1970 den Mut zu der Voraussage gehabt hätte, daß ab 1975 sich Ost und West gegenseitig Manöver ankündigen und sogar noch Militärexperten als Gäste zu solchen Manövern einladen würden, der wäre mit Sicherheit als Phantast abgetan worden.

Seit 1975 haben die KSZE-Staaten neun größere Manöver angekündigt, davon fünf NATO-Manöver, drei Manöver von Staaten des Warschauer Pakts und ein Manöver der Schweiz. Die Mitglieder der NATO, die neutralen Staaten sowie Ungarn gingen noch weiter und teilten auch kleinere Manöver mit. Diese Möglichkeit räumt die KSZE-Schlüßakte ausdrücklich ein. Die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Paktstaaten haben zwar auch solche kleineren Manöver durchgeführt, sie aber nicht angekündigt. Die östlichen Manöverankündigungen

waren im Übrigen inhaltlich nicht so weitreichend wie die westlichen, entsprachen aber korrekt der KSZE-Schlußakte.

In den Verhandlungen zur Vorbereitung der KSZE in Genf und Helsinki von 1972 bis 1975 hatte sich die Sowjetunion noch reservierter in der Frage der Einladung von Manöverbeobachtern verhalten. Im Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen hatten die Teilnehmerstaaten schließlich angekündigt, daß sie "freiwillig und auf bilateraler Grundlage" andere Teilnehmerstaaten einladen würden, Beobachter zu den Manövern zu entsenden. Dem einladenden Staat war es dabei ausdrücklich vorbehalten, in jedem einzelnen Fall die Auswahl der Beobachter und die Verfahren und Bedingungen ihrer Teilnahme zu bestimmen. Auch hier kann man sagen, daß dem die östliche Seite insofern korrekt nachgekommen ist, als sie zu den drei großen Manövern westliche, östliche und neutrale Staaten eingeladen hat, Beobachter zu entsenden. Die Bundesrepublik hat im Namen der teilnehmenden NATO-Staaten bisher dreimal zu Manövern eingeladen und die Schweiz und Jugoslawien je einmal.

Bei der Auswahl der Einzuladenden gehen die Staaten unterschiedlich vor. Die Bundesrepublik lädt alle KSZE-Staaten ein, die Schweiz bittet alle bei ihr akkreditierten Militärattachés. Die östliche Seite wählt geographisch aus. Im Januar 1976 wurden zum Manöver im Transkaukasus die Türkei, Griechenland, Bulgarien, Rumänien und Jugoslawien eingeladen. Im Mai 1976 wurden in dem Militärbezirk Leningrad die Vertreter Finnlands, Schwedens, Norwegens, Polens und der DDR gebeten. Polen wählte für das Manöver im Raum Bromberg im September 1976 Dänemark, Finnland, Schweden und Österreich als nicht kommunistische Beobachter aus.

Der militärische Informationswert solcher Manöverbeobachtung mag von der östlichen Seite nicht mehr hoch eingeschätzt werden, denn sie hat bisher mit Ausnahme von Rumänien keine Einladung westlicher oder neutraler Staaten angenommen. Sie sieht in der Entsendung von Beobachtern vielleicht eine politisch-psychologische Geste, die ihr noch nicht in die politische Landschaft paßt. Noch erscheint es offenbar nützlich, in der östlichen Presse gegen die Manöver der NATO zu polemisieren. Hier hilft auf westlicher Seite nur ein geduldiges und behutsames Vorgehen. Es spricht sich auch in östlichen Militärkreisen herum, daß bei den NATO-Manövern keine "Türken" aufgebaut werden, daß die Beobachter ständig und umfassend über die Manöverlage unterrichtet werden, daß sie an jeder Stelle detailliert eingewiesen werden, daß sie in unmittelbarem Kontakt mit der Truppe kommen, daß sie fotografieren, notieren und den einzelnen Soldaten in den Einheiten Fragen stellen können und daß bei der Auswahl der Beobachtungsorte das Interesse der Gäste besonders berücksichtigt wird.

Auf der für das nächste Jahr in Belgrad vorgesehenen Folgekonferenz wird man auch über diese vertrauensbildenden Maßnahmen weiter sprechen und dies mit Sicherheit mit geringeren politischen Hemmungen tun, als das noch in Helsinki der Fall war. Und somit beginnen auch diese vertrauensbildenden Maßnahmen im Rahmen der KSZE ihren Zweck zu erfüllen auf einem Weg zur Entspannung, für den es auch in Zukunft noch eines gerüttelten Maßes an Geduld bedarf.

(~/10.9.1976/va/pr)

In Chile herrscht weiter der Terror

Wahrer Charakter des Junta-Regimes darf nicht vergessen werden

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagauschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Nun ist das dritte Jahr der Schreckensherrschaft Pinochets und seiner Junta in Chile abgelaufen, ohne daß das Regime etwas von seinem furchtbaren Charakter verloren hätte. Die Tatsache, daß politische Gegner heute nicht mehr automatisch ermordet, sondern in vielen Fällen aus ihrem Heimatland gejagt werden, darf unser Bewußtsein gegenüber der Ungerechtigkeit der Lage in Chile ebensowenig abtumpfen lassen, wie die Verfeinerung des Instrumentariums, mit dem die Geheimdienste in Chile ihrem Handwerk, nämlich der Bekämpfung politisch Andersdenkender, unauffälliger als früher nachgehen können.

An dem chilenischen Elend ändern auch fragwürdige Erfolgsmeldungen aus dem Bereich der chilenischen Wirtschaft nichts, die in der deutschen Presse ihren Widerhall gefunden haben. Die euphemistisch als "soziale Kosten" bezeichnete katastrophale Verschlechterung der Wirtschaftslage für einen großen Teil der chilenischen Bevölkerung ist die Folge einer nun nahezu dreijährigen "Schocktherapie" der chilenischen Wirtschaftspolitiker. Ihre "Erfolge" sind fragwürdig: Die Inflationsrate verlief von etwa 280 vH im Jahre 1973 über 412 vH 1975 auf nun ungefähr 210 vH, weist jetzt jedoch wiederum steigende Tendenz auf. Dafür ist die Arbeitslosigkeit von einer unbedeutenden Größenordnung unter Allende auf amtlich zugegebene 16 vH, wahrscheinlich aber mindestens 20 vH angestiegen. Dies, gepaart mit freigegebenen Preisen und weitgehend festgefrorenen Löhnen, führte zu einer Verarmung auch weiter Kreise der Mittelschichten, die sich beispielsweise in einem Nachfragerückgang bei Industriegütern um 23,5 vH äußerte .

Dafür sitzen mindestens 4.000 politische Häftlinge in Chiles Kerkern, weitere 1.800 sind spurlos verschwunden und die Verhaftungen gehen weiter. Die chilenische Militärjunta hat ihren Schreckenacharakter also keineswegs gewandelt. Für die sozialdemokratische Bundestagsfraktion besteht deshalb kein Grund, ihre Beschlüsse bezüglich Chile zu revidieren. Es hat noch immer zu gelten: Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß zur Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse in Chile beigetragen werden; alle Maßnahmen, die als Billigung oder Unterstützung des Militärregimes verstanden werden können, müssen unterbleiben; den politisch Verfolgten muß weiterhin unsere Hilfe sicher sein. (-/10.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller